



Niederhollabrunn, Juni 2017

LIEBE MITBÜRGERINNEN, LIEBE MITBÜRGER!

Bevor die Sommerferien oder der Urlaub beginnen, möchte ich die Gelegenheit nutzen, um DANKE zu sagen.

Ich möchte mich bei meinen LSP-Kollegen für die vergangenen 2 Jahre konstruktive und partnerschaftliche Zusammenarbeit und ihr Vertrauen bedanken, das sie in mich als ihren geschäftsführenden Gemeinderat setzen.

Bedanken möchte ich mich natürlich auch bei jenen GemeindebürgerInnen, die sich vertrauensvoll an die LSP wenden. Dadurch gewinnen wir wertvolle Einblicke in die als bürgerfeindlich zu bezeichnende Arbeitsweise der Gemeindeführung.

DANKE auch all jenen, die nicht an der kürzlich erfolgten ÖVP/SPÖ Meinungsumfrage betreffend Gemeindeamtsstandort teilgenommen bzw. für den bestehenden Standort gestimmt haben.

Ein großer DANK gilt abschließend meiner Familie, die mir durch ihr Verständnis und ihre Unterstützung ermöglicht, mich für die Bürgerinnen und Bürger der Marktgemeinde Niederhollabrunn bestmöglich einzusetzen.



Herzlichst Ihr

Dr. Johannes Schachel
LSP-Listensprecher

KRITISCHE WORTE ZUR BÜRGERFEINDLICHEN POLITIK VON DUFFEK UND CO

„WER NICHT SPURT, DEN MACH' MA FERTIG!“ – Diese verwerfliche Taktik hat vor rund 30 Jahren zur Gründung der Liste Schachel Parteilos geführt. Die LSP ist aus der politischen Landschaft Niederhollabrunns nicht mehr wegzudenken, bildet sie doch das einzige Bollwerk gegen die Machenschaften der jeweiligen Gemeindeführung.

Derzeit bilden die Brüder Jürgen und Christian Duffek die Gemeindeführung in Form einer Koalition von ÖVP und SPÖ. Die Taktik ist vergleichbar mit jener von damals, wenngleich der aktuelle Bürgermeister an Skrupellosigkeit wohl kaum zu übertreffen ist.

Seit rund einem Jahr befinde ich mich entweder in meiner Funktion als geschäftsführender Gemeinderat der LSP oder als Privatperson ca. einmal wöchentlich auf der Bezirkshauptmannschaft, beim Anwalt oder vor Gericht. Warum?! Zum Einen, weil sich Bürger vertrauensvoll mit ihren Anliegen an die LSP wenden und um unsere Hilfe bitten. Zum Anderen, weil Mitglieder meiner Familie bzw. ich vom Bürgermeister bzw. dessen Mitstreiter diffamiert, angeschwärzt oder verleumdet werde. Ich nenne Ihnen ein paar kuriose Beispiele:

- Illegale Beschäftigung der Mutter Dr. Schachels als Tagesmutter
- Illegale Beschäftigung des Vaters Dr. Schachels in der Landwirtschaft
- Herr Dr. Schachel ist kein Landwirt
- Illegale Ablagerungen durch Dr. Schachel
- Illegale Einquartierung von Personen am Bauernhof Dr. Schachels

Es handelt sich lediglich um eine Auswahl unhaltbarer Anschuldigungen aus der jüngsten Vergangenheit. Diese Anschuldigungen - bei der richtigen Behörde eingebracht - führen allesamt zu Erhebungen. Die Ermittlungsverfahren stören den privaten, beruflichen und den politischen Alltag. Sie stellen eine Form des Mobbing dar.

Früher oder später wird diese Art der destruktiven Gemeindepolitik scheitern. Schließlich ist die Macht eines Bürgermeisters nicht unendlich. Die übergeordneten Behörden und politischen Gremien werfen bereits ein sehr kritisches Auge auf die Machenschaften des aktuellen Bürgermeisters unserer Marktgemeinde. Bedenkt man, was er sich schon alles geleistet hat, sollten die Tage seiner politischen Karriere bereits angezählt sein.

Der Gemeindeterror hat System

Bürgermeister Jürgen Duffek verfolgt bei der Verfolgung von Gemeindebürgern, je nachdem, ob es sich um einen Sympathisanten oder Nicht-Sympathisanten handelt, unterschiedliche Strategien.

Strategie 1 – Nicht-Sympathisant: Liegt ein Problemfall mit einem Nicht-Sympathisanten des Bürgermeisters oder Vizebürgermeisters vor, wird die Sache direkt angegangen. Das Problem wird als Gemeindebehörde behandelt oder an eine zuständige staatliche Stelle weitergeleitet.

Der Text lautet meist: »Mir, als Bürgermeister Duffek, wurde zur Kenntnis gebracht und ich bitte Sie um Prüfung...«

Der „Amtsschimmel“ nimmt danach seine Arbeit auf. Die Probleme haben somit für den jeweiligen Bürger begonnen. Egal, ob Rechtfertigungen schreiben, Verhandlungen besuchen, Beweise sammeln, Rechtsberatungen konsultieren etc.; all das ist mit Zeit und mit Kosten verbunden.

Strategie 2 - Sympathisant: Das Problem geht von einem **Sympathisanten** des Bürgermeisters oder Vizebürgermeisters aus. Hier kann der Bürgermeister nicht den direkten Weg wählen. Er erkundigt sich, ob jemand ähnliche Missstände hat oder Probleme macht und handelt dann gegen diese dritte Person als Gemeindebehörde oder meldet dann diese Person den zuständigen Behörden. Hier kommt der sogenannte **Schneeballeffekt** ins Spiel.

Die gemeldeten Personen sagen im Zuge ihrer Verhandlung zu den Behörden direkt oder später: »Warum werde ich dafür bestraft und der andere nicht? Warum kontrollieren sie mich und den anderen nicht?« Hier erhält der Bürgermeister seine Freikarte, um seine Hände reinzuwaschen. Seine Antwort auf diese Fragen lautet: »Ja, dann zeigen Sie Ihn doch einfach an...«.

So vernadert dann der Eine den Anderen in unserer Gemeinde. Selbstverständlich heißt es dann am runden Tisch im Lagerhaus, im Feuerwehrhaus oder beim Kirchentratsch: »Hobt's scho g'hört...«. **Am Ende sind alle die Bösen, die Anzeiger, die Unruhestifter usw. Lediglich der Bürgermeister ist bei Strategie 1 der „Korrekte“ und bei Strategie 2 der „machtlose“ Unschuldige. Er kann Ihnen weiterhin ins Gesicht lachen, während Sie und Ihre Nachbarschaft sich nicht mal mehr in die Augen schauen können!**

DISKRIMINIERUNG - IM TEICH SIND NICHT ALLE GLEICH

Wer nicht mit der Bürgermeisterlinie mitschwimmt, für den gelten andere Regeln, insbesondere wenn dies den Verlust jahrelanger Privilegien der Parteimitglieder bedeuten würde.

Die Duffek-Koalition übersieht vor lauter Geldeintreiben (Gebrauchsabgabe, Regenwasser, Wasseranschluss usw.), dass sie mit dieser aggressiven Vorgehensweise BürgerInnen nicht nur physisch, sondern auch psychisch zum Teil massiv belastet

Aktuelle Beispiele und Beispiele aus dem Jahr 2016

Fall 1: Ein Bürger hat bereits mehrere Gerichtsverfahren gegen die Marktgemeinde in Hinblick auf die Unrechtmäßigkeit der vom Bürgermeister vorgeschriebenen Regenwasserkanalabgabe gewonnen. Die Gemeinde akzeptiert die Gerichtsurteile nicht. Stattdessen beraumt Bürgermeister Duffek eine Überprüfungsverhandlung an, um die „örtlichen Verhältnisse festzustellen“. Der Bürger ersucht um einen Ersatztermin, da er am anberaumten Tag abwesend ist. Der Vizebürgermeister führt **trotzdem** die Überprüfung ohne Beisein des Hauseigentümers **im Auftrag und unter persönlicher Kontrolle des Bürgermeisters** durch. Das Gelände wird bei dichter Schneedecke umgegraben.

Als Folge der unrechtmäßigen Amtshandlung folgen 2 weitere Gerichtsverfahren. Wieder verliert die Gemeinde vor Gericht. Diesmal wegen **gesetzwidriger Maßnahmen unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt: „Besitzstörung“**.

Bei der Besitzstörungsverhandlung am Gericht Korneuburg hatte die Richterin angemerkt, dass die Vorgehensweise der Gemeinde nicht ihrem Bild von Servicequalität und Bürgernähe entspreche, sondern eher der Devise „den mach ma fertig“ folge. Die Richterin hatte

angeboten, sich eine Stunde lang als Mediatorin zwischen Gemeinde und Bürger zur Verfügung zu stellen. Dieses Angebot wurde von unserem Bürgermeister abgelehnt, anscheinend getreu seinem Motto: „Das Gesetz bin ich!“

Bei der zweiten Verhandlung am Mistelbacher Gericht wurde die Gemeinde zur Zahlung von 1.659,60,- € Strafe verurteilt, weil die Gemeinde **illegal** gehandelt hatte. Der Richter meinte, dass man annehmen könne, dass ein Bürgermeister und Vizebürgermeister in der Funktion als Behörde die Gesetze kennen sollten und nicht einfach Grund und Boden von Anwohnern stürmen und diese verwüsten dürfen.

Fall 2: Ein Bürger bekommt die Gebrauchsabgabe für Einleitung von Regenwässern vorgeschrieben und bezahlt diese, nur um später festzustellen, dass die bezahlte Leitung von bzw. im Auftrag der Gemeinde zerstört wurde. Es gibt keine Gesprächsbereitschaft bzw. Einsicht von Seiten der Gemeindeführung. Der Bürger ist gezwungen, nun mittels Anwalt auf das **bezahlte Einleitungsrecht und die Wiederherstellung der Leitung zu klagen**.

Fall 3: Ein Bürger hat eine kommissionelle Begehung durch die Gemeinde. Diese stellt fest, dass die **Regenwässer in den Bach** geleitet werden. Der Bürger bekommt aber die Einleitung für den **Regenwasserkanal** vorgeschrieben. Gesprächsbereitschaft der Gemeinde gibt es keine. Der Weg zum Anwalt ist notwendig.

Diese drei Fälle sind nur ein Auszug aus dem willkürlichen Vorgehen des Bürgermeisters. Wenn Ihnen etwas Ähnliches zustoßen sollte, dann melden Sie sich bitte umgehend zu Ihrem eigenen Schutz. Sie sind nicht alleine und müssen sich das nicht gefallen lassen.

Unsere Empfehlung:

Viele von Ihnen zahlen freiwillig die verschiedenen Abgaben, obwohl Sie vermutlich falsche Vorschriften erhalten. Die Bescheide aus der Gemeindestube sind öfters mit Fehlern behaftet. Bürger, die den Instanzenzug beschreiten, bekommen zumeist Recht.

Besuchen Sie daher den Anwalt Ihres Vertrauens oder eine Ombudsstelle die Ihnen kostenfrei bzw. kostengünstig eine Auskunft geben kann. Denn wenn Sie nicht rechtzeitig berufen, entfalten auch die falschen Bescheide unseres Bürgermeisters Ihre Rechtskraft. Dies umzukehren ist weitaus schwieriger und kostenaufwendiger.

Unsere Gemeindeführung hat bereits mehrfach am Gericht verloren. Anstatt die Vorgehensweise und die Sinnhaftigkeit dieser bürgerfeindlichen Vorgehensweise zu überdenken, wird die Gangart verschärft und private Anwälte werden auf die Bürger angesetzt - eine aus unserer Sicht verachtenswerte Politik.

HINWEIS: ALLE BürgerInnen bezahlen diese Gemeindevorstände mit. Die Gemeindeführung kassiert Geld ohne Grundlage und Kontrolle, verteilt Strafen ohne Rechtsgrundlage, verteilt Geld an wenige, um sich gut in den Medien präsentieren zu können und produziert am Ende nur Chaos, Verzweiflung und Wut. Einige BürgerInnen lassen sich das nicht mehr gefallen und verweisen die Gemeindeführung in ihre Schranken. Statt Einsicht nimmt die Gemeindeführung Anwälte gegen Sie und uns auf, weil sie mit ihrem geschaffenen willkürlichen Chaos überfordert und ahnungslos ist. Trotz allem wird versucht, mündige BürgerInnen „fertig zu machen“ bzw. Geld ohne rechtliche Basis einzutreiben.

Man kann davon ausgehen, dass 80% der Berufungen vor Gericht gewonnen hätten. Dazu muss man wissen, dass der Gemeindevorstand beinahe nur aus der ÖVP-SPÖ-Regierung besteht und ich mich als geschäftsführender Gemeinderat IMMER gegen diesen Weg ausgesprochen und dagegen gestimmt habe. Der Gemeindevorstand entscheidet jedoch IMMER so, wie Bürgermeister Duffek als Parteichef entschieden hat. Die Richter entscheiden aber nach den derzeit geltenden Gesetzen zum Wohle der BürgerInnen und sind in ihrer Arbeit weisungsfrei.

VORENTHALTUNG VON FAKTEN UND ZWEGLEISIGKEIT

Mit Bedauern müssen wir sehr oft feststellen, dass Bürgermeister Duffek Ihnen und uns viele Fakten vorenthält. Es heißt ja, dass er gerne „ZWEGLEISIG“ unterwegs ist und wir können das nur bestätigen.

„Standort des neuen Gemeindeamtes“ – mit diesen knappen Worten, einer in keiner Weise ziel- und lösungsorientierten Gemeindeführung vom 30.04.2017, sollten die Niederhollabrunner BürgerInnen über das neue Gemeindeamt abstimmen. Anfangen konnten anscheinend nur wenige Bürger etwas damit, was sich in der niedrigen Beteiligung von nur 28,22% widerspiegelte. Die große Abwesenheit der BürgerInnen, kann nun auf keinen Fall von der Gemeindeführung einfach ignoriert werden und man darf es sich auch nicht leisten so zu tun, als wäre alles Bestens gelaufen. Das Ergebnis muss nun endlich der Anlass zum Nachdenken und Handeln sein!

Wir von der LSP erwarten uns, dass die ÖVP-SPÖ-Gemeindeführung auf keinen Fall zum normalen Arbeitsrhythmus in dieser Angelegenheit zurückkehrt.

In der Gemeinderatssitzung am 29.5.2017 wollten wir von Bürgermeister Duffek Antworten zu folgenden Fragen:

- Wie geht es mit dem Kindergartengebäude weiter?
- Seit wann wusste er, dass einer der Mieter aus dem Gemeindegebäude auszieht?
- Warum wurde die Tatsache verschwiegen, dass es seit langem bereits Kaufinteressenten für das alte Kindergartengebäude gab?

Wie, so oft, erhielten wir keine Antworten. Warum hier der Bürgermeister zweigleisig unterwegs war, weiß nur er.

Die Hinhaltetaktik des Bürgermeisters von Kaufinteressenten (des alten Kindergartengebäudes) kann zum wirtschaftlichen Schaden der Gemeinde führen, denn die Interessenten können nun den Kaufpreis drücken oder jederzeit abspringen und die Immobilie ist dann weiterhin nicht veräußert, verwahrlost und verliert weiter an Wert. Im Sinne der Klarheit für die Interessenten und für unser katastrophales Gemeindebudget ist daher zu klären, wie es mit dem alten Kindergartengebäude weitergeht.

Wie manche von Ihnen wissen, war Bürgermeister Duffek vor einigen Jahren bereits Parteichef der ÖVP und wollte „angeblich den Doppelposten des Amtsleiters und Bürgermeisters“. Die damalige ÖVP Mannschaft hat ihn dann sämtlicher „Funktionen im Gemeinderat“ enthoben und er hat als Parteichef aufgehört. Danach war Hr. Duffek wilder Mandatar. Indirekt hat Jürgen Duffek mehr als 10 Jahre später das erreicht, was er wollte. Er hat als Parteichef seinen Spitzenkandidaten, Ex-Bürgermeister Wimmer, für die Wahlniederlage verantwortlich gemacht und sich selbst als parteiinternen ÖVP Bürgermeister-Kandidaten bestellt. Bürgermeister Duffek ist NICHT von der Bevölkerung gewählt!

Dies zum Verständnis, nun aber zur Zweigleisigkeit: Jürgen Duffek hat die ÖVP damals zornig verlassen und wie auch den damaligen ÖVP Aussendungen und Protokollen zu den Gemeinderatssitzungen zu entnehmen ist, mit einer massiven Anzeigenwelle gedroht. Dies ist auch passiert.

Nach dem Rauswurf ist Jürgen Duffek als ÖVP Mitglied der „Vereinigung der freien und ungebundenen Gemeinderäte und Bürgerlisten des Bezirkes Korneuburg beigetreten“ und Mitglied geblieben. Der Verein ist die Interessenvertretung der Bürgerlisten und die LSP Gemeinderäte sind Mitglieder. Wir waren dann etwas überrascht, dass Jürgen Duffek den Parteivorsitz der ÖVP übernommen hat. Selbst als ÖVP Bürgermeister blieb er bei dem Vertretungsverein der Parteilosen, die Statuten sehen hier keinen Ausschließungsgrund vor. Wir, die LSP Mitglieder und der Vorstand des Vereines, haben es aber als angebracht angesehen, diesen Sachverhalt weiterzugeben. Bürgermeister Jürgen Duffek hat sich dann doch (sehr rasch) entschieden, unseren Verein zu verlassen.

KURZ NOTIERT

Lebensgefährliche Arbeitsweise von beauftragten Unternehmern in der Gemeinde

Das Bild sagt mehr als tausend Worte. Warum die von der Gebrüder-Duffek Regierung beauftragte Firma bei Ihrer Tätigkeit sämtliche Sicherheitsvorschriften ignoriert, ist uns nicht bekannt. Wir haben nach Bekanntwerden sämtliche Schritte in die Wege geleitet, um solche lebensgefährlichen Vorfälle abzustellen. Wir bedanken uns bei den couragierten Bürgern, die uns im Sinne der Unfallvermeidung das vorliegende Bildmaterial zur Verfügung stellen. Die handelnden Personen sollten dankbar sein, dass dieses Mal nichts passiert ist (Unfallpyramide), denn bei einem Sturz aus dieser Höhe ist ein Todesfall bzw. eine Querschnittlähmung höchstwahrscheinlich. Dies bedeutet für die betroffenen Auftragnehmer bzw. ausführenden 3 Personen (1 im Traktor, 2 am Dach) bei Verletzung sämtlicher Vorschriften im Regressfalle massiv hohe Zahlungen.



Wir und die Beteiligten können froh sein, dass dieses Mal nichts passiert ist, aber so eine Arbeitsweise muss verhindert werden, denn sonst ist die Firma, die Gemeinde Niederhollabrunn und vielleicht sogar **IHR EIGENHEIM** wegen einem tödlichen oder schweren Arbeitsunfall in den Medien.